

# Korrespondenz Abwasser · Abfall

3|26



Phosphor-  
rückgewinnung  
Seite 153



NIS2-Umsetzungsgesetz  
Seite 160

Reaktivierung beladener  
Kornaktivkohlen  
Seite 162

Wasserbewusste Stadt-  
entwicklung: Parla-  
mentarischer Abend  
Seite 165

Flächenkategorisierung  
nach DWA-A 102-2  
Seite 172



Foto: Peter Baumann

Energieneutralität  
von Kläranlagen  
Seite 180

Elektrolysesauerstoff  
Seite 192



Abwasser-  
wärmenutzung  
Seite 206

Energieintelligente  
Kläranlage  
Seite 210

## Wir sichern Ihre unteren Grenzwerte.

Der **neue NP6000sc**  
Phosphat-Analysator:

weniger Bauteile,  
geringerer  
Wartungsaufwand,  
mehr Betriebszeit.



**NEU NEU NEU NEU NEU**

**Mehrwert entdecken!**



**Besuchen Sie uns auf der IFAT 2026!**  
**4.-7. Mai 2026 / Messe München /**  
**Halle C1 / Stand 351**



Wir haben die passende Software für  
Ihre Herausforderung in der Siedlungsentwässerung.

## URBANE STURZFLUTEN



### MODELLERSTELLUNG FÜR KANALNETZE UND ÜBERFLUTUNGEN

FOG Pro ist das Werkzeug zur Erstellung komplexer Kanalnetz- und Oberflächenmodelle und somit für den Nachweis der hydraulischen Leistungsfähigkeit von Entwässerungssystemen nach DWA-A 118. Sowohl Überstau als auch Überflutungen bei Starkregen nach DWA-M 119 können analysiert werden.

Als Erweiterung für die marktführende GIS-Software ArcGIS Pro ermöglicht FOG Pro die Erstellung eines Gesamtmodells aus 1D-Kanalnetz und 2D-Geländeoberfläche zur genauen Simulation der Abflussvorgänge urbaner Überflutungen und Sturzfluten.

Viele hilfreiche Werkzeuge erleichtern den Aufbau eines fehlerfreien Modells.

Die Ergebnisse von Simulationen, durchgeführt mit der itwh-Software HYSTEM-EXTRAN 2D, können in FOG Pro visualisiert und ausgewertet werden.

Die umfangreichen Gestaltungsmöglichkeiten für Karten in ArcGIS Pro können direkt genutzt werden, um die Ergebnisse in Starkregengefahrenkarten darzustellen.

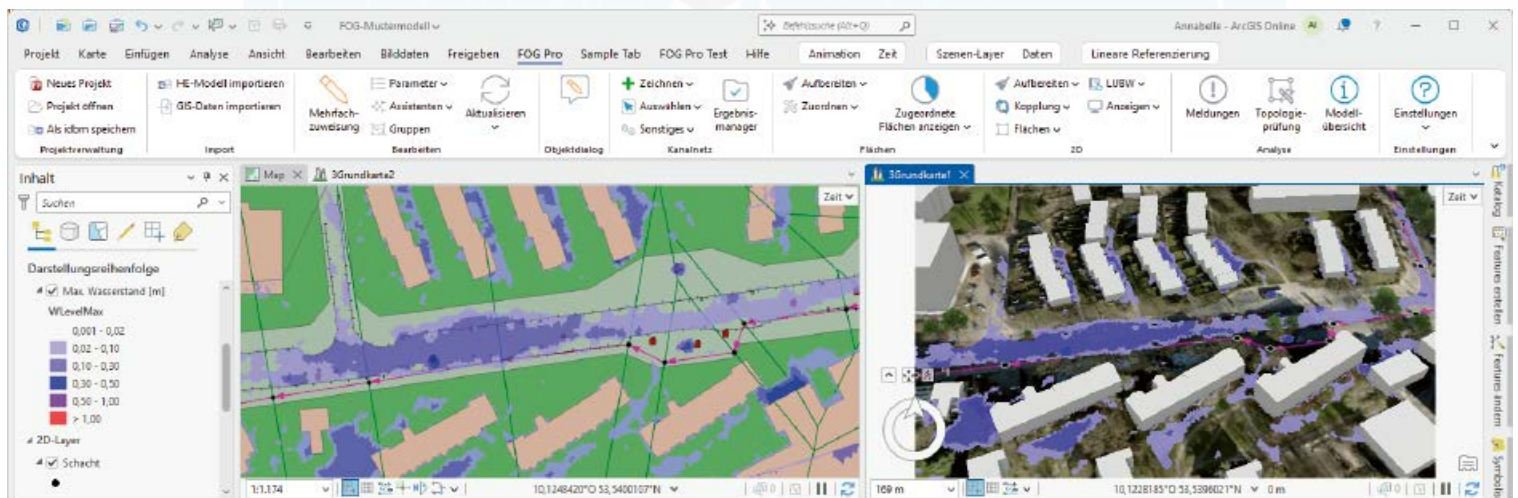
Für Einsteiger bieten wir eine günstige Lizenzstufe an.

### AUF EINEN BLICK

- ▶ Erstellung von Kanalnetzmodellen
- ▶ Erstellung von Geländeoberflächenmodellen
- ▶ Überflutungsprüfung nach DWA-A 118
- ▶ Erstellung von Starkregengefahrenkarten
- ▶ Gefährdungsanalyse nach DWA-M 119
- ▶ Einfache Modellerstellung durch viele hilfreiche Werkzeuge
- ▶ Eine vollständige Neuentwicklung für optimale Leistung unter ArcGIS Pro



Jetzt bestellen!



itwh GmbH  
30167 Hannover  
[www.itwh.de](http://www.itwh.de)

Engelbosteler Damm 22  
[itwh@itwh.de](mailto:itwh@itwh.de)  
0511 971930

Hannover  
Dresden  
Flensburg  
Nürnberg



## Korrespondenz Abwasser, Abfall

Organ der DWA – Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. und des Güteschutz Kanalbau

Herausgeber und Verlag:

GFA

Theodor-Heuss-Allee 17, D-53773 Hennef

Postfach 11 65, D-53758 Hennef

Telefon +49 2242 872-333, Telefax +49 2242 872-151

Internet: [www.gfa-news.de](http://www.gfa-news.de)

### Redaktionsbeirat:

1. Prof. Dr. Uli Paetzel, DWA-Präsident
2. Prof. Dr.-Ing. Silvio Beier, DWA-HA „Industrieabwasser und anlagenbezogener Gewässerschutz“
3. Dr.-Ing. Lisa Irwin-Broß, DWA-Vorstand
4. Dipl.-Ing. Rainer Könnemann, DWA-HA „Kreislaufwirtschaft, Energie und Klärschlamm“
5. Rechtsanwalt Stefan Kopp-Assenmacher, DWA-HA „Recht“
6. Dipl.-Ing. Christine Mesek, DWA-HA „Wirtschaft“
7. Prof. Dr.-Ing. Hubertus Milke, DWA-Vorstand
8. Dr.-Ing. habil. Uwe Müller, DWA-HA „Hydrologie und Wasserbewirtschaftung“
9. Prof. Dr.-Ing. André Niemann, DWA-HA „Bildung und Internationale Zusammenarbeit“
10. Prof. Dr.-Ing. Frank Obenaus, DWA-HA „Kommunale Abwasserbehandlung“
11. Prof. Dr.-Ing. Klaus Hans Pecher, DWA-HA „Siedlungsentwässerung und urbanes Regenwassermanagement“
12. Julia Schrade, M. Sc., Junge DWA
13. Rolf Usadel, GFA-Vorstand
14. Prof. Dr.-Ing. Silke Wieprecht, DWA-HA „Wasserbau und Wasserkraft“
15. Dr. Jörg Zausig, DWA-HA „Gewässer und Boden“

### Redaktion:

Dr. Frank Bringewski (ChR, v. i. S. d. P.), Tel. +49 2242 872-190,

E-Mail: [bringewski@dwa.de](mailto:bringewski@dwa.de)

Katharina Spieß, M. Sc., Tel. +49 2242 872-251,

E-Mail: [spiess@dwa.de](mailto:spiess@dwa.de)

### Anzeigen:

Monika Kramer, Tel. +49 2242 872-130, E-Mail: [anzeigen@dwa.de](mailto:anzeigen@dwa.de)

Christian Lange, Tel. +49 2242 872-129, E-Mail: [lange@dwa.de](mailto:lange@dwa.de)

### Sekretariat:

Bianca Jakubowski

Tel. +49 2242 872-138

E-Mail: [jakubowski@dwa.de](mailto:jakubowski@dwa.de)

### Erscheinungsweise:

monatlich  
vierteljährliche Beilage KA Betriebs-Info

**Anzeigenpreise:** Zurzeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01. Januar 2026

**Satz:** in puncto: asmuht druck + medien gmbh, Bonn

**Druck, Bindung:** DCM Druck Center Meckenheim GmbH, Meckenheim

**Bezugspreis:** Der Verkaufspreis ist durch den DWA-Mitgliedsbeitrag abgegolten. DWA-Mitglieder, die Mehr Exemplare der KA erwerben möchten oder die sich für die Zeitschrift KW Korrespondenz Wasserwirtschaft als kostenlose Mitgliederzeitschrift entschieden haben, können die KA zusätzlich für 124,00 Euro zzgl. Versandkosten bestellen.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikrofilm oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden. Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne Vervielfältigungsstücke für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch hergestellt werden. Die Weitergabe von Vervielfältigungen, gleichgültig zu welchem Zweck sie hergestellt werden, ist eine Urheberrechtsverletzung. – Der Inhalt dieses Heftes wurde sorgfältig erarbeitet. Dennoch übernehmen Autoren, Herausgeber und Verlag für die Richtigkeit von Angaben, Hinweisen und Ratschlägen sowie für eventuelle Druckfehler keine Haftung. Insbesondere unterliegen die Angaben in Industrie- und Produktberichten nicht der Verantwortung der Redaktion. Richtlinien zur Abfassung von Manuskripten können beim Redaktionssekretariat angefordert werden.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier mit Recyclingfasern.

© GFA

D-53773 Hennef

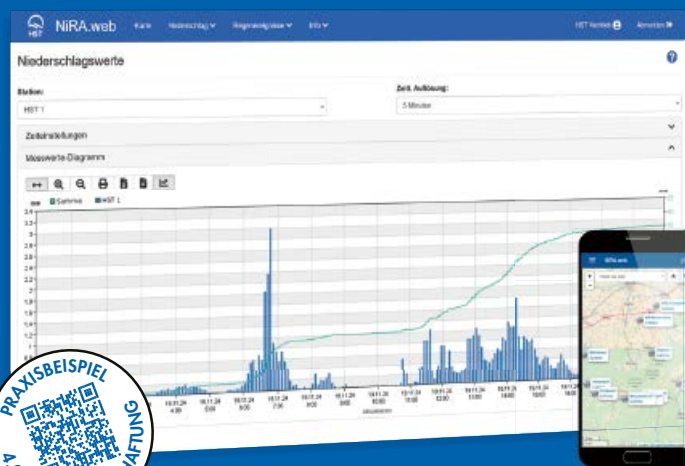
ISSN 1866-0029



# ZukunftSICHER!



SYSTEMTECHNIK



## 4.0-Niederschlagsdaten für Netzbe- wirtschaftung und Hochwasserschutz



Jetzt zum 4.0-Technologieführer  
unter: [hst.de/KA](http://hst.de/KA)

Planerservice: +49 291 9929 333



[www.dwa.info/mediadatenka](http://www.dwa.info/mediadatenka)



## Startklar für den großen Auftritt?

## IFAT-Ausgaben KA 2026



IFAT- Freitickets sichern:  
[ifat.de/de/messe/tickets/](http://ifat.de/de/messe/tickets/)  
Ticket-Code: DWA\_KA\_KW

KA Korrespondenz Abwasser, Abfall  
IFAT-Ausgabe I: KA April vom 27.3. –  
Anzeigenschluss 2.3.

KA Korrespondenz Abwasser, Abfall  
IFAT-Ausgabe II: KA Mai vom 24. April –  
Anzeigenschluss 30.3.

dazu Onlinewerbung GFA-News.de:  
Banner, Sponsored News, VideoAds...



Infos unter [www.dwa.info/mediadatenka](http://www.dwa.info/mediadatenka) oder GFA  
Monika Kramer | +49 2242 872-130 | [anzeigen@dwa.de](mailto:anzeigen@dwa.de)

# Inhalt

Beide Verbandszeitschriften – KA und KW – auch online lesen:  
<https://www.dwadirekt.de>

3/2026



Bild: ENISA

Am 5. Dezember 2025 ist das Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informations-sicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung in Kraft getreten. Das NIS2-Umsetzungsgesetz ändert neben dem Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und über die Sicherheit in der Informationstechnik von Einrichtungen (BSI-Gesetz – BSIG) weitere Gesetze und Verordnungen, wie zum Beispiel das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).



Foto: Evers

Unter dem Titel „Information zur Auslegung der EU-POP-Verordnung hinsichtlich des Einsatzes von reaktivierter Aktivkohle in der Wasseraufbereitung und Abwasserbehandlung“ haben der bdew, der DVGW und die DWA im Januar 2026 Rechtsgrundlagen der Reaktivierung von beladenen Kornaktivkohlen aus der Wasseraufbereitung bzw. aus der Abwasserbehandlung zusammengestellt.

## Seite 160

### Editorial

Fristen und Fakten – Warum wir die Debatte zur Phosphorrückgewinnung jetzt neu führen müssen . . . . 153

*Uli Paetzel*

### Berichte

NIS2-Umsetzungsgesetz in Kraft getreten  
 Neuerungen im BSI-Gesetz und Weiterentwicklung des Branchenspezifischen Sicherheitsstandards Wasser/ Abwasser. . . . . 160

*Uwe Marquardt (Gelsenkirchen), Uwe Böttcher (Berlin)*

Verbändeinformation zu Rechtsgrundlagen der Reaktivierung von beladenen Kornaktivkohlen vorgelegt . . . . . 162

*Sabine Wrede, Jarno Banas, Christoph Leptien*

Klimaanpassung und Lebensqualität: Schwammstadt muss Standard der Bauleitplanung sein  
 Mit der Politik im Dialog: Parlamentarischer Abend zur wasserbewussten Stadtentwicklung . . . . . 165

*Stefan Bröker (Hennef)*

### Junge DWA

Jahrestreffen des Circle  
 Nachhaltige Wasserwirtschaft . . . . . 169

### Siedlungsentwässerung / urbanes Regenwassermanagement

GIS-basierte Methodik zur Flächenkategorisierung nach DWA-A 102-2  
 Teil 2: Anwendung und Diskussion. . . . . 172

*Karim Sedki, Daniel Giebler, Christian Scheid, Ulrich Dittmer (Kaiserslautern)*

### Rubriken

Spektrum . . . . . 154

Güteschutz Kanalbau . . . . . 170

Personalien . . . . . 219

Industrie und Technik . . . . . 221

### Beiträge in KW Korrespondenz Wasserwirtschaft 3/2026 Schwerpunkt: Ökolandbau Teil 1

*H. Kuhnert:* Wissenswertes zum ökologischen Landbau

*H. Kuhnert:* Entwicklung des ökologischen Landbaus

*A. Fier:* N-Bilanzsalden, N-Effizienz und N-Austräge von ökologisch und konventionell wirtschaftenden Betrieben im Vergleich

*H. Kuhnert, U. Devries:* Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland und weitere Fördermöglichkeiten für den Wasserschutz

Der Ökolandbau als Gegenstand der Agrarpolitik und die flächenbezogene Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland in der GAP-Förderperiode 2023 bis 2027

*C. Aue, S. Klage:* Förderung des ökologischen Landbaus in Deutschland und weitere Fördermöglichkeiten für den Wasserschutz

Förderung über die Wasserversorger

*J. große Beilage:* Ökolandbau – Teil des OOWV-Grundwasserschutzkonzepts

*F. Baresch:* Hessenwasser: Ökolandwirtschaft ist Grundwasserschutz

### Kreislaufwirtschaft, Energie, Klärschlamm

Auswirkungen der Anforderungen an die Energie-  
neutralität gemäß EU-Kommunalabwasserrichtlinie  
auf die Kläranlagen in Baden-Württemberg . . . . . 180

*Peter Baumann, Tobias Reinhardt, Cornelia Baur,  
Jian Zhang (Stuttgart)*

Verwendung von Elektrolysesauerstoff  
für die Belüftung und Ozonung  
Wissensstand und Konzepte am Beispiel  
der Kläranlage Landau-Mörlheim . . . . . 192

*Oliver Gretzschel, Heidrun Steinmetz, Benjamin Kihm  
(Kaiserslautern), Yannick Taudien,  
Gerd Kolisch (Wuppertal)*

Integration der Abwasserwärmenutzung  
in die Kommunale Wärmeversorgung Günzburg . . . . . 206

*David Wiedenmann, Lothar Böck (Günzburg)*

Energieintelligente Kläranlage  
mit netzdienlichem Betrieb . . . . . 210

*Tosca Zech, Regine Schatz (Weißenburg i. Bay.),  
Horst Wagner (Schwarzenbruck)*

### DWA

Regelwerk . . . . . 215

Landesverbände . . . . . 216



Foto: Peter Baumann

### Seite 180

Mit der Neufassung der  
EU-Kommunalabwasserricht-  
linie rückt die Energie-  
neutralität kommunaler  
Kläranlagen verstärkt in den  
Fokus der wasserwirtschaft-  
lichen Praxis. Der vorliegen-  
de Beitrag analysiert die  
Auswirkungen der Anforde-  
rungen zur Energieneutralität auf Kläranlagen in Baden-  
Württemberg auf Basis der Daten des DWA-Leistungs-  
nachweises 2024 und unter Berücksichtigung praxisnaher  
Bilanzierungsannahmen.

### Seite 192

Bei der Erzeugung  
von grünem  
Wasserstoff fällt im  
Rahmen der  
Wasserelektrolyse  
Sauerstoff als  
Koppelprodukt an,  
der für verschiedene



Prozesse der Abwasserreinigung nutzbar ist. Kommunale  
Kläranlagen sind daher potenziell geeignete Standorte für  
den Hochlauf der Wasserstoffproduktion in Deutschland.

### Seite 206

In Günzburg  
(Bayern) wird eine  
kommunale  
regenerative Wärme-  
versorgung  
aufgebaut. Dazu  
wird Wärme aus  
dem Abwasser der



Kläranlage gewonnen. Die Kläranlage weist eine positive  
Wärmebilanz von 600 000 kWh pro Jahr auf. Eingesetzt  
wird eine Großwärmepumpe, die eine Vorlauftemperatur  
von bis zu 85 °C erzeugt und in einem ersten Schritt jährlich  
rund 2 000 000 kWh Wärme liefert.

### Seite 210

Das Demonstrations-  
projekt „Energie-  
intelligente  
Kläranlage  
Schwarzenbruck“



(Bayern) zeigt, wie  
kleine und mittlere Kläranlagen bereits heute energieneutral  
betrieben und mit netzdienlichem Betrieb arbeiten können.  
Das Energiekonzept der Kläranlage basiert auf Energieein-  
sparung, regenerativer Stromerzeugung und Energiespei-  
chern. Ein Energiemanagementsystem steuert Erzeugung,  
Speicherung und Verbrauch automatisiert.

Stellenmarkt . . . . . 224

Adressenbörse für die Abfallwirtschaft . . . . . 226

Ingenieurbüros . . . . . 226

Güteschutz Kanalbau – Gütezeicheninhaber . . . . . 234

IFAT-  
Ausgabe I

4/2026

Anzeigenschluss:

2. März 2026

Erscheinungstermin:

27. März 2026

Abonnieren Sie den monatlichen Themenplan kostenlos  
auf [www.dwa.info/ThemenKA](http://www.dwa.info/ThemenKA)

KA 5/2026

IFAT-  
Ausgabe II

Anzeigenschluss:

30. März 2026

Erscheinungstermin:

24. April 2026

# Besuchen Sie uns auf der IFAT!

## 4. – 7. Mai 2026, München

Ticketcode nutzen  
„DWA\_2026“



und Freikarten sichern!

### Social Events

- Neu: DWA-Opening
- Bayerischer Abend

### Innovationsforen

- Erschließung thermischer Potentiale von Oberflächengewässern
- Städte jetzt wasserbewusst (um)bauen
- Regionales Phosphor-Recycling

### Live Podcast Halle B2



### Solution Tours

- Digitalisierung in der Wasserwirtschaft
- EU-Kommunalabwasser-richtlinie (KARL)

### Fachforen

- Digitale Transformation in der Wasserwirtschaft
- Abwärmenutzung / Hydrothermie
- EU-Kommunalabwasser-richtlinie (KARL)
- Wasserbewusste Stadtentwicklung
- Wasserwiederverwendung
- Ressourcenorientierte Sanitärsysteme
- Phosphor-Recycling
- IT-Sicherheit
- Physische Sicherheit

### Networking Area

- Internationale Delegationen
- Berufswettbewerbe
- World University Challenge
- Junge DWA

### WaterStage von DVGW & DWA

- Themen und Vorträge aus der Wasserwirtschaft



### Tag der resilienten Kommunen

### Spotlight Area von DVGW & DWA

- Die wasserbewusste Stadt der Zukunft

### Knowledge Center

- Medienangebot der DWA

### Kanal Royal

- Der Podcast der DWA

### Ansprechpartnerin Programm:

Sabrina Prentzel: +49 2242 872-116 | prentzel@dwa.de

### Ansprechpartner Ausstellung:

Raphael Rindfleisch: +49 2242 872-247 | rindfleisch@dwa.de  
und auf [www.dwa.info/ifat](http://www.dwa.info/ifat)

# Fristen und Fakten – Warum wir die Debatte zur Phosphorrückgewinnung jetzt neu führen müssen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von Ihnen wissen: Im Dezember habe ich nach Abstimmung mit dem Präsidium und im Namen der DWA einen Brief an Bundesumweltminister Carsten Schneider gesendet. Die zentrale Botschaft: Trotz erheblicher Anstrengungen wird die Branche die in der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) gesetzten Fristen zur Phosphorrückgewinnung voraussichtlich nicht einhalten können. Zu unsicher sind wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen, zu gering die verfügbaren Recyclingkapazitäten. Diese Probleme müssen gelöst werden, damit Phosphorrückgewinnung zu vertretbaren Kosten und volkswirtschaftlich sinnvoll umgesetzt werden kann. Dafür braucht es eine Fristverlängerung bzw. eine Ausgestaltung, die der aktuellen Realität Rechnung trägt.

Das stellt das Ziel nicht infrage. Phosphorrecycling ist ein unverzichtbarer Baustein einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft, und die DWA steht uneingeschränkt hinter diesem Ziel. Es fehlt jedoch eine realistische Strategie, die den Aufbau von Anlagenkapazitäten, die Entwicklung eines Absatzmarktes und die Umsetzung der Frist sinnvoll verzahnt. Um diese Strategie zu entwickeln und umzusetzen, benötigen Branche, Behörden und Abnehmer der Rezyklate mehr Zeit. Dafür braucht es eine ehrliche Diskussion über den Weg nach 2029.

Mein Schreiben hat viel Resonanz ausgelöst. Neben einigen kritischen Rückmeldungen erreichten mich und die DWA aber vor allem Zustimmung, viele Mitglieder begrüßen, dass die DWA die Debatte neu angestoßen hat. Politisch hieß es jahrelang: Am Stichtag wird nicht gerüttelt. Gleichzeitig ist absehbar, dass weder ausreichende Monoverbrennungskapazitäten noch großtechnische Anlagen zur Phosphorrückgewinnung flächendeckend zur Verfügung stehen werden. Die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität ist inzwischen zu groß, um sie zu ignorieren.

Die Abwasserwirtschaft plant in Jahren, nicht in Monaten. 2029 ist aus Sicht von Planung und Genehmigung faktisch morgen. Ergebnisse wichtiger Forschungsprojekte wie RePhoR, die als Grundlage für Investitionen dienen sollen, liegen aber noch nicht vor und kom-

men für viele Investitionsentscheidungen zu spät. Gerade hinsichtlich der Skalierbarkeit der Technologien brauchen wir aber verlässliche Erfahrungswerte. Was uns als DWA und auch mir persönlich immer sehr wichtig war und bleibt: Anpassungen gesetzlicher Regelungen dürfen nicht zulasten der First Mover gehen. Sie sind keine Fußnote, sondern ein zentraler Baustein nachhaltiger Lösungen – Wer früh und mutig investiert hat, verdient Schutz.

Das Ministerium hat inzwischen geantwortet und eine Fristverlängerung abgelehnt. Stattdessen sollen ab 2029 Klärschlammherzeuger für die Deponierung von Aschen ohne Phosphorrecycling Abgaben in einen Fonds zahlen, aus dem Investitionen gefördert werden. Selbstverständlich verschließen wir uns nicht dieser Diskussion, sondern bringen uns weiterhin konstruktiv ein. Mein Dank gilt allen Mitgliedern, die dies seit Jahren engagiert tun.

Aber um es noch einmal klar zu sagen: Die aktuelle Investitionszurückhaltung beruht nicht auf einer Ablehnung des Ziels, sondern auf fehlenden Entscheidungsgrundlagen und unsicheren Rahmenbedingungen. Gerade kommunale Akteure tragen besondere Verantwortung gegenüber Gebührenzahlenden. Wirtschaftlichkeit ist nicht nur unternehmerisches, sondern auch soziales Gebot. Investitionen, die sich nicht über den Markt refinanzieren lassen, können nicht beliebig auf Gebühren umgelegt werden. Das gilt auch für mögliche Abgaben, deren Höhe voraussichtlich über den Kosten des Phosphorrecyclings liegen wird.

Phosphorrückgewinnung ist Aufgabe der Wasserwirtschaft, aber von gesamtgesellschaftlichem Nutzen – das muss sich in der Finanzierung widerspiegeln. Die Kosten neuer Verfahren dürfen nicht allein auf Gebührenhaushalte abgewälzt werden. Ein Fonds muss diesem Umstand gerecht werden. Es braucht weiterhin eine offene Diskussion über realistische Zeithorizonte, Genehmigungsprozesse, Infrastrukturaufbau und technologieoffene Entwicklungen – vom Aschepfad über Monoverbrennung bis zu abwasserbasierten Verfahren.

Abschließend lohnt noch ein Blick über den Tellerrand: Deutschland ist zwar Vorreiter bei der Phosphorrückge-



winnung, aber die Schweiz verfolgt mit 2026 einen noch ambitionierteren Zeitplan – bei ähnlichen Problemen. Daniel Rensch von Entsorgung + Recycling Zürich formuliert es so: Die Schweiz wollte bis 2026 den Phosphorkreislauf schließen, steht aber weiterhin am Anfang. Trotz gesetzlicher Verankerung vor über zehn Jahren gibt es keine Anlage, die Phosphor industriell zurückgewinnt. Es existieren Studien, Workshops und Gespräche – aber keine funktionierende Wertschöpfungskette.

Auch in Deutschland verfügen wir über Berichte, Studien und Foren. Darauf müssen wir aufbauen und tragfähige, wirtschaftliche Lösungen entwickeln. Die aktuelle Diskussion ist daher kein Zeichen von Unentschlossenheit, sondern Ausdruck unseres Verantwortungsbewusstseins gegenüber Gesellschaft und Politik. Wir müssen den Mut haben, die Lücke zwischen Anspruch und Realität offen zu benennen – und zu schließen.

Ich freue mich auf einen offenen Dialog mit Ihnen: auf kritische Stimmen, konstruktive Ideen und praxisnahe Lösungsansätze. Nur gemeinsam wird es gelingen, die Phosphorrückgewinnung in Deutschland nicht nur als gesetzlichen Auftrag zu verstehen, sondern als Erfolgsprojekt der Wasserwirtschaft zu gestalten.

Mit den besten Grüßen  
Uli Paetzel

Prof. Dr. Uli Paetzel  
Präsident der DWA

## Zweiter Schritt zur NIS-2-Registrierung: BSI-Portal freigeschaltet

Für rund 29 500 Unternehmen in Deutschland und Institutionen der Bundesverwaltung gelten seit Inkrafttreten des NIS-2-Umsetzungsgesetzes neue gesetzliche Pflichten in der IT-Sicherheit. Sie müssen sich unter anderem als NIS-2-Einrichtungen registrieren und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erhebliche Sicherheitsvorfälle melden. Der dafür vorgesehene Registrierungsprozess ist zweistufig: Zunächst muss eine Anmeldung beim digitalen Dienst „Mein Unternehmenskonto“ (MUK) erfolgen, dann eine Registrierung im neu entwickelten BSI-Portal, das seit Anfang Januar 2026 zur Verfügung steht.

Das BSI-Portal basiert auf einer Cloud-Infrastruktur von Amazon Web Services und wird sukzessiv zu einer Informations- und Austauschplattform mit Echtzeit-Daten und aktuellen Analysen für schnelle Reaktionsmöglichkeiten ausgebaut. Dadurch trägt es dazu bei, Cybergefahren zu erkennen, bevor sie Schaden anrichten. Im BSI-Portal erhalten registrierte Unternehmen und Institutionen schon heute Informationen zu den gesetzlichen Pflichten, die für sie mit dem BSI-Gesetz einhergehen. So müssen Unternehmen, die unter die Regulierung fallen, eine Risikoanalyse durchführen, um anschließend angemessene Risikomanagementmaßnahmen umsetzen und dokumentieren zu können. Hierfür bietet das Portal gebündelte Informationen und Hilfestellungen. Im BSI-Portal werden zudem die Tageslageberichte und IT-Sicherheitsmitteilungen des BSI bereitgestellt. Auch Schwachstellen und Sicherheitslücken können dem BSI über das Portal gemeldet werden – dies ist auch anonym und ohne Registrierung möglich.

Darüber hinaus können sich interessierte Unternehmen und Institutionen über das BSI-Portal der Allianz für Cyber-Sicherheit (ACS) anschließen. Das IT-Sicherheits-Netzwerk unter dem Dach des BSI bietet seinen derzeit knapp 9000 Mitgliedern vielfältige Formate zum Wissens- und Erfahrungsaustausch. Die Mitgliedschaft in der ACS ist kostenlos. Auch in der Unabhängigen Partnerschaft KRITIS (UP KRITIS) arbeiten Wirtschaft und staatliche Stellen in zahlreichen Arbeitsgruppen zu Cybersicherheit und

physischer Sicherheit zusammen. In der UP KRITIS können sich Vertreterinnen und Vertreter der meisten unter die NIS-2-Richtlinie fallenden Einrichtungen engagieren.

<https://portal.bsi.bund.de>



## Bundestag beschließt Gesetz zur Stärkung kritischer Anlagen

Der Bundestag hat am Januar 2026 den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022 / 2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen“ (Kritis-Dachgesetz) in der vom Innenausschuss geänderten Fassung angenommen. Mit dem Gesetz wird die EU-Richtlinie 2022/2557 über die Resilienz kritischer Einrichtungen, die sogenannte CER-Richtlinie, in deutsches Recht umgesetzt. Durch bundeseinheitliche Regelungen für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen will die Bundesregierung die Resilienz der Wirtschaft und dadurch auch die Versorgungssicherheit der Bevölkerung stärken.

Das Kritis-Dachgesetz macht Vorgaben zur Identifizierung von Betreibern kritischer Anlagen und kritischen Einrichtungen mit besonderer Bedeutung für Europa sowie Vorgaben zur Registrierung von Betreibern kritischer Anlagen. Es zielt zudem auf die Etablierung von nationalen Risikoanalysen und Risikobewertungen für kritische Dienstleistungen und die gesetzliche Verankerung wesentlicher nationaler Anforderungen für Resilienzmaßnahmen von Betreibern kritischer Anlagen ab. Außerdem wird ein Meldewesen für Vorfälle eingeführt.

Den Ländern wird die Möglichkeit gegeben, weitere kritische Anlagen für kritische Dienstleistungen, die alleine in ihrer Zuständigkeit liegen, zu identifizieren. Für die Festlegung der zugrunde zu legenden Kriterien und Verfahren wird das Bundesinnenministerium ermächtigt, eine Rechtsverordnung zu erlassen, der der Bundesrat zustimmen muss.

In einer vom Bundestag beschlossenen Entschließung wird die Bundesregierung aufgefordert, Informations-, Transparenz- und Veröffentlichungspflichten für Kritis-Betreiber zu überprüfen und anzupassen. Auch soll die Bundesregierung anderem auf die „konsequente Anwendung bereits bestehender Ausnahmen“ von diesen Pflichten hinwirken und bereits veröffentlichte, öffentlich zugängliche Infrastrukturinformationen

„überprüfen und, wo möglich, konsequent aus den öffentlich zugänglichen Bereichen“ entfernen.

Gesetzentwurf der Bundesregierung:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/025/2102510.pdf>

Stellungnahme des Bundesrats und Gegenäußerung der Bundesregierung:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/038/2103855.pdf>

Beschlussempfehlung des Innenausschusses:

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/039/2103906.pdf>

Vorgang im Bundestag:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw05-de-kritische-infrastruktur-1137002>



## Neues Kompetenzmodell für den Katastrophenschutz

Das Team um Dr. Christian K. Karl von der Universität Duisburg-Essen, Lehr- und Forschungsbereich Fachdidaktik Bautechnik, hat ein organisationsübergreifendes Modell für Ausbildung und Training zum Katastrophenschutz entwickelt. Es ist Teil des Forschungsprojekts KOKA – Kompetenzorientierung im Katastrophenschutz.

Karl und sein Team haben mehr als 300 Lernziele aus bestehenden Ausbildungsunterlagen analysiert – unter anderem von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk (THW), Rettungsdiensten, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) sowie Akteuren der Wasserwirtschaft. Hieraus haben die Forschenden anschließend das ABCD-Modell der Katastrophenschutzdidaktik entworfen.

Dieses Modell strukturiert Kompetenzen entlang der Phasen Vorsorge, Einsatz und Nachsorge und beschreibt, was professionelles Handeln unter Bedingungen von Unsicherheit, Zeitdruck und in dynamischen wie vielschichtigen Einsatzsituationen ausmacht. „Das ABCD-Modell soll helfen, die Ausbildung und das Training im Katastrophenschutz organisationsübergreifend weiterzuentwickeln“, sagt Christian K. Karl.

Analyse und Modell sind open access verfügbar und richten sich an Verantwortliche aus Einsatzpraxis, Ausbildung und Politik:

[https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico\\_mods\\_00084743](https://duepublico2.uni-due.de/receive/duepublico_mods_00084743)

[https://www.uni-due.de/bautechnik/kompetenzorientierung\\_katastrophenschutz.php](https://www.uni-due.de/bautechnik/kompetenzorientierung_katastrophenschutz.php)



## Förderung für innovative Lösungen für klimafreundliche Klärwerke: Start der ersten Stuttgart Challenge

In Stuttgart sollen innovative Maßnahmen entwickelt werden, um Treibhausgasemissionen aus Kläranlagen zu senken. Dazu gibt es jetzt die Stuttgart Challenge, zu der sich Unternehmen, Start-ups und Forschungseinrichtungen aus ganz Europa bewerben können. Gesucht werden Innovationen, die die Stuttgarter Klärwerke klimafreundlicher machen. Die geförderten Projekte sollen einen möglichst schnellen und skalierbaren Impact auf die Klimabilanz von Kläranlagen erzielen und werden mit bis zu 500 000 Euro aus dem Stuttgarter Klima-Innovationsfonds unterstützt. Das Besondere: Die besten Innovationen können im größten Klärwerk Baden-Württembergs in Stuttgart-Mühlhausen umgesetzt werden und sich dort beweisen. Das Klärwerk wird von der Stadtentwässerung Stuttgart (SES) betrieben, die in diesem Jahr Partner der Stuttgart Challenge ist.

Die Stuttgart Challenge ergänzt seit diesem Frühjahr den Stuttgarter Klima-Innovationsfonds. Das neue Förderformat setzt jährlich einen anderen thematischen Schwerpunkt: Im Rahmen der Challenge können die Akteure Lösungen für konkrete Herausforderungen der Stuttgarter Stadtverwaltung zur Klimaneutralität umsetzen. Diese werden jedes Jahr neu definiert – in Zusammenarbeit mit einem Amt der Landeshauptstadt Stuttgart.

Bewerbungsschluss für die Stuttgart Challenge ist der 30. April 2026. Alle Informationen zur Challenge, den Förderbedingungen sowie der digitalen Bewerbung gibt es auf der Website des Stuttgarter Klima-Innovationsfonds: [www.jetztklimachen.de/innovation](http://www.jetztklimachen.de/innovation) 

## EU-Kommission legt Vorschläge zur Stärkung der Cybersicherheit vor

Die EU-Kommission will die Widerstandsfähigkeit und Fähigkeiten der EU im Bereich der Cybersicherheit angesichts der wachsenden Bedrohungen stärken. Sie hat dazu ein Cybersicherheitspaket vorgeschlagen. Ein Teil des Pakets ist der Entwurf für einen überarbeiteten Rechtsakt zur Cybersicherheit. Mit diesem soll die Sicherheit der Lieferketten der EU im Bereich der Informa-

tions- und Kommunikationstechnologien (IKT) verbessert werden. Der europäische Rahmen für die Cybersicherheits-Zertifizierung wird zudem vereinfacht und die Einhaltung der Cybersicherheitsvorschriften erleichtert. Außerdem wird die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA) gestärkt. Sie unterstützt die EU und die Mitgliedstaaten, Bedrohungen zu identifizieren, sich auf Cybervorfälle vorzubereiten und darauf zu reagieren.

Das Cybersicherheitsgesetz tritt unmittelbar nach der Verabschiedung durch das Europäische Parlament und den Rat der EU in Kraft. Die begleitenden Änderungen der NIS-2-Richtlinie zum Schutz von Netzwerk- und Informationssystemen werden ebenfalls zur Verabschiedung vorgelegt. Nach der Verabschiedung haben die Mitgliedstaaten ein Jahr Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen und die entsprechenden Texte der Kommission zu übermitteln.

Cybersicherheit – Fragen und Antworten:

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/faqs/cybersecurity-package-questions-answers>

Informationsblatt:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs\\_26\\_106](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_26_106)

Überarbeitetes Cybersicherheitsgesetz: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/proposal-regulation-eu-cybersecurity-act>

Gezielte NIS-2-Änderungen:

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/proposal-directive-regards-simplification-measures-and-alignment-cybersecurity-act> 

## Hessen: 25,6 Millionen Euro Förderung für Phosphorrückgewinnungsanlage in Darmstadt

Für den Bau und Betrieb einer Phosphorrückgewinnungsanlage hat der hessische Umweltstaatssekretär Michael Ruhl eine Zuwendung in Höhe von 25 656 000 Euro an den Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) überreicht. In der geplanten Anlage wird Phosphor aus kommunalen Klärschlämmen aus der Region, vor allem Südhessen, zurückgewonnen. Dabei entsteht eine phosphorhaltige Asche, die als Ausgangsstoff für

die Herstellung eines Düngemittels genutzt werden soll. Das aus der Asche in Darmstadt hergestellte Düngemittel erfüllt die Voraussetzungen für eine ressourceneffiziente und umweltverträgliche Nutzung in der Landwirtschaft, so das Landesumweltministerium in einer Mitteilung. Durch die Einbindung der Phosphorrückgewinnungsanlage in die Peripherie des Müllheizkraftwerks (MHKW) „lassen sich erhebliche Synergien nutzen“. Die Umsetzung des Projekts läuft bereits. Die Inbetriebnahme der Anlage ist für Sommer 2028 geplant.

<https://landwirtschaft.hessen.de/umwelt/nachhaltigkeit-und-ressourcenschutz/phosphorrueckgewinnung> 

## Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft übergeben

Die deutsche Wasserwirtschaft arbeitet auf einem sehr hohen Niveau – sowohl im europäischen als auch im internationalen Vergleich. Diese Leistungsfähigkeit dokumentiert das Branchenbild 2025, das am 12. Januar 2026 im Namen der führenden Verbände der Wasserwirtschaft an den Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Jochen Flasbarth, übergeben wurde.

Mit dem „Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2025“ geben ATT, BDEW, DBVW, DVGW, DWA und VKU in Abstimmung mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund erneut einen aktuellen Überblick der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland sowie zukünftige Herausforderungen. Zentrales Ziel der deutschen Wasserwirtschaft ist es, die hohen Qualitätsstandards zu sichern und zu verbessern.

„Eine verlässliche Versorgung mit Trinkwasser und eine sichere Entsorgung von Abwasser sind für Deutschland unverzichtbar. Unsere Branche stellt diese Ver- und Entsorgungssicherheit seit Jahrzehnten sicher – und wird dies auch künftig tun. Angesichts der wachsenden Herausforderungen sind erhebliche Investitionen erforderlich, um die Leistungsfähigkeit der Wasserwirtschaft dauerhaft zu erhalten und zu stärken“, erklären die Repräsentanten der deutschen Wasserwirtschaft anlässlich der Übergabe.

Zu den zentralen Herausforderungen zählen Fragen der Trinkwasserqualität, der Umsetzung der EU-Kommunalab-

wasserrichtlinie in deutsches Recht, der demografischen Entwicklung, des Erhalts der Infrastruktur sowie sich wandelnder rechtlicher Rahmenbedingungen. Hinzu kommt der Klimawandel, der Anpassungsprozesse und neue Lösungsansätze erfordert. Die Wasserwirtschaft steht damit vor der Aufgabe, bewährte Methoden weiterzuentwickeln und gleichzeitig innovative Wege zu gehen, die den Klimaschutz, die Klimaanpassung und die Energiewende berücksichtigen.

Zudem gewinnen der Schutz der Trinkwasserressourcen vor Stoffeinträgen, die Minimierung von Spurenstoffen wie Pflanzenschutzmitteln sowie der steigende und teils konkurrierende Wasserbedarf in Gesellschaft, Industrie und Landwirtschaft zunehmend an Bedeutung. Diese Entwicklungen führen zu Nutzungskonflikten, die eine enge Abstimmung aller betroffenen Akteure erforderlich machen.

Die Herausgeberverbände des Branchenbildes setzen sich daher dafür ein, dass die Politik die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Gewährleistung einer finanzierbaren und nachhaltigen öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung schafft.

Download des Branchenbilds:  
<https://dwa.info/branchenbild>

KA

## Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2026“ gestartet

Bis zum 31. März 2026 sind Städte, Landkreise und Gemeinden aufgerufen, sich mit erfolgreichen und innovativen Projekten zur Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen am bundesweiten Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ zu beteiligen. Der Preis ist mit 40 000 Euro pro Gewinnerkommune dotiert. Veranstalter ist das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) mit Förderung durch die Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Kooperationspartner sind der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Gesucht werden Maßnahmen und Projekte aus allen Bereichen des kommunalen Klimaschutzes, wie ressourcen- und energieeffiziente Neubauten oder Sanierungsprojekte, Lösungen für die Verkehrs- oder Wärmewende, Vorhaben zum Ausbau erneuerbarer Energien, Pro-

jekte, die Klimaschutz im sozialen Kontext umsetzen etc. Ausdrücklich gewünscht sind auch Kooperationsprojekte, bei denen die kommunale Verwaltung mit weiteren Akteuren (zum Beispiel Vereinen, Verbänden, Kammern, Handwerk, Wirtschaft) und/oder mit anderen Kommunen sowie mit kommunalen Unternehmen zusammenarbeitet. Wichtig ist, dass die Projekte entweder abgeschlossen oder soweit realisiert sind, dass bereits Ergebnisse der Vermeidung beziehungsweise Reduktion von Treibhausgas-Emissionen vorliegen.

[www.klimaschutz.de/wettbewerb2026](http://www.klimaschutz.de/wettbewerb2026)

KA

## Bundespreis „Blauer Kompass“: Neue Wettbewerbsrunde gestartet

Der Bundespreis „Blauer Kompass“, der seit zehn Jahren innovative Projekte zur Klimavorsorge und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels auszeichnet, ist in die neue Wettbewerbsrunde gestartet. Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 25 000 Euro je Gewinnerprojekt dotiert. Ausgelobt wird der bundesweite Wettbewerb gemeinsam vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt. Bewerbungsschluss ist der 20. März 2026. Bewerbungen sind in folgenden fünf Kategorien möglich: Kommunen; private und kommunale Unternehmen; Forschungs- und Bildungseinrichtungen; Vereine, Verbände, Stiftungen; Schulen. Die sechs prämierten Projekte werden am 17. September 2026 im Rahmen der Woche der Klimaanpassung im Bundesumweltministerium in Berlin ausgezeichnet.

[www.uba.de/blauerkompass](http://www.uba.de/blauerkompass)

KA

## Straßen und Plätze klimaresilient umbauen: Deutscher Verkehrsplanungspreis 2026 ausgelobt

„Klimaresiliente Straßenräume und Plätze für alle“, unter diesem Motto steht der Deutsche Verkehrsplanungspreis (VPP) 2026. Denn Städte so anzupassen, dass sie auf den Klimawandel vorbereitet sind, ist eine der größten Herausforderungen für die Stadtplanung in den kommenden Jahren. Ausgelobt wird der Wettbewerb von der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) in Kooperation mit dem ökologi-

schen Verkehrsclub VCD. Für den VPP 2026 suchen SRL und VCD realisierte bzw. beschlossene Projekte aus den letzten fünf Jahren, die im Planungs- und Umsetzungsprozess weit fortgeschritten sind. Projekte, die zeigen, wie öffentliche, mehrfachnutzbare und klimaresiliente Aufenthalts- und Bewegungsräume der Zukunft aussehen können. Die Bewerbungsfrist endet am 1. Juni 2026.

Flyer zur Auslobung:

<https://www.srl.de/dateien/dokumente/de/VPP-Flyer-2026.pdf>

KA

## Nordrhein-Westfalen: Förderung für Maßnahmen gegen Starkregen, Hitze und Trockenheit

Das Land Nordrhein-Westfalen erweitert im Rahmen des EFRE/JTF-Programms NRW das Förderangebot Klimaanpassung.Unternehmen.NRW, mit dem Unternehmen und kommunale Versorger gezielt in Maßnahmen investieren können, um ihre Standorte und Infrastrukturen besser gegen die Folgen des Klimawandels zu schützen. Das Angebot richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen sowie an kommunale Unternehmen mit Sitz oder Niederlassung in Nordrhein-Westfalen. Gefördert mit Mitteln des Landes und der Europäischen Union werden investive Maßnahmen, die Gebäude, Betriebsflächen und technische Anlagen widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Starkregen, Trockenheit und Überflutungen machen.

Das Förderangebot ist in zwei Bereiche gegliedert: Für Vorhaben mit Gesamtausgaben ab 200 000 Euro werden sowohl investive Klimaanpassungsmaßnahmen in Unternehmen als auch Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der öffentlichen Wasserversorgung unterstützt. Für kleinere Vorhaben unterhalb dieser Schwelle richtet sich das Programm insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Betriebsflächen an die Folgen des Klimawandels anpassen wollen. Hier stehen naturbasierte und nachhaltige Lösungen im Mittelpunkt. Dazu gehören unter anderem Begrünungen von Dächern, Fassaden und Freiflächen, die Entsiegelung befestigter Flächen, Maßnahmen zur Verschattung und Verdunstungskühlung sowie Konzepte zum Rückhalten, Versickern oder schadfreien Ableiten von Niederschlags-

wasser. Die Einreichungsfrist endet am 31. Dezember 2026.

Weitere Informationen:

[www.gfa-news.de/gfa/webcode/20260116\\_001](http://www.gfa-news.de/gfa/webcode/20260116_001)

KA

## Bayern: Klimaanpassungsstrategie wird fortgeschrieben

Das Bayerische Kabinett hat im Januar 2026 der Fortschreibung der Bayerischen Klimaanpassungsstrategie (BayKLAS) zugestimmt. Die BayKLAS ist der zentrale Leitfaden für eine wirksame Klimaanpassung in Bayern. Ziel ist es, die Anpassung Bayerns an den Klimawandel weiter zu verbessern und nachhaltig auszubauen, die Auswirkungen des Klimawandels so weit wie möglich zu verringern und die Klimaanpassung dauerhaft in allen relevanten Bereichen zu verankern.

Die Fortschreibung der BayKLAS formuliert im Aktionsplan „Klimaanpassung 2030“ die strategischen Ziele für alle relevanten Handlungsfelder der Klimaanpassung in Wirtschaft, Gesellschaft, Infrastruktur und Umwelt für den Zeithorizont 2030. Die insgesamt 93 Maßnahmen reichen beispielsweise vom Starkregen-Risikomanagement über eine Waldumbauoffensive bis hin zur Klimaanpassung im Städtebau. Folgende elf Handlungsfelder sind umfasst: Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Garten- und Weinbau, Fischerei und Aquakultur, Wald und Forstwirtschaft, Naturschutz, Menschliche Gesundheit, Georisiken und Katastrophenschutz, Städtebau und Raumordnung, Verkehr und Verkehrsinfrastruktur, Wirtschaft, Tourismus sowie Forschung und Information. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits 2009 die BayKLAS als eine der ersten Anpassungsstrategien auf Länderebene erstellt.

KA

## IFAT Munich: Eröffnung durch Spitzenpolitiker

Bundesumweltminister Carsten Schneider, EU-Kommissarin Jessika Roswall und Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber eröffnen die IFAT Munich 2026 (4. Mai 2026, 10.00 Uhr, Blue Stage). Die Weltleitmesse unterstreicht damit ihre Rolle als Plattform, auf der politische Zielsetzungen und praxisnahe Lösungen zusammengeführt werden.

„Abhängigkeiten reduzieren, Resilienz erhöhen, die Versorgungssicherheit

stärken und den Klima- und Ressourcenschutz sicherstellen – gerade in geopolitisch volatilen Zeiten wird dies immer wichtiger“, sagt Stefan Rummel, Geschäftsführer der Messe München. „Umwelttechnologien und die IFAT als globale Plattform bieten genau dafür Lösungen. Es ist daher besonders wichtig, dass die Branche von der Politik – national wie international – diese Aufmerksamkeit und Priorität erhält.“

Was auf internationaler und nationaler Ebene politisch verhandelt und regulatorisch beschlossen wird, entfaltet seine Wirkung letztlich auf kommunaler Ebene: Kommunen sind es, die Kreislaufwirtschaft in der Praxis umsetzen – etwa in der Wasserwirtschaft, Abfallbehandlung oder Infrastrukturplanung. Gleichzeitig stehen sie selbst unter wachsendem Druck. Extreme Wetterereignisse, Wasserknappheit und eine zunehmende Belastung bestehender Infrastrukturen machen resiliente, ressourcenschonende Lösungen vor Ort unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund widmet die IFAT Munich dem kommunalen Sektor einen eigenen Schwerpunkt.

Unter dem Titel „Tag der resilienten Kommunen“ adressiert die IFAT Munich am Donnerstag, 7. Mai, gezielt die Herausforderungen von Städten und Gemeinden. In Kooperation mit dem DVGW, der DWA und dem Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) bietet das Programm Vorträge, Expertenrunden und geführte Touren. Ziel ist es, Entscheidungsträgern aus dem kommunalen Bereich praxisnahe Impulse und konkrete Lösungsansätze an die Hand zu geben.

Ergänzt wird der Messeauftritt durch ein vielseitiges Veranstaltungsprogramm, das den Transfer von Innovationen in die Praxis in den Mittelpunkt stellt. Geführte Lösungstouren, Live-Demonstrationen und themenspezifische Vorführungen ermöglichen Besucherinnen und Besuchern, Technologien und Anwendungen unmittelbar zu erleben.

<https://ifat.de>

KA

## Halbzeitüberprüfung des Null-Schadstoff-Aktionsplans der EU: Umweltrecht wird zu langsam umgesetzt

Eine Überprüfung des Null-Schadstoff-Aktionsplans der EU kommt zum Schluss,

dass die EU-Mitgliedstaaten rasch und entschlossen handeln müssen, wenn die EU ihre Ziele zur Verringerung der Umweltverschmutzung bis 2030 erreichen will. Der Bericht hebt den starken Zusammenhang zwischen Umweltschutz und öffentlicher Gesundheit hervor und zeigt, dass die Verringerung der Luft-, Wasser-, Boden- und Lärmverschmutzung unmittelbare gesundheitliche Vorteile wie die Verringerung von Asthma, Herzkrankungen und psychischen Erkrankungen bietet. Der Bericht, der auf der 8. Sitzung der Null-Schadstoff-Plattform der Interessenträger am 29. Januar 2026 vorgestellt wurde, hebt auch die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile von Maßnahmen zur Verringerung der Umweltverschmutzung hervor.

Der Null-Schadstoff-Aktionsplan leitet die Politik und die Maßnahmen der EU zur Verringerung der Umweltverschmutzung und legt Ziele zur Verringerung der Auswirkungen der Umweltverschmutzung auf die menschliche Gesundheit fest. Ein Großteil der im Aktionsplan vorgesehenen Rechtsvorschriften ist bereits in Kraft. In dem Bericht wird jedoch betont, dass Rechtsvorschriften allein nicht ausreichen. Eine wirksame Durchsetzung und Umsetzung seien von entscheidender Bedeutung, um die Ziele für 2030 zu erreichen.

Download des Berichts:

[www.gfa-news.de/gfa/webcode/20260130\\_002](http://www.gfa-news.de/gfa/webcode/20260130_002)

KA

## Leitfaden für schwimmende Gärten entwickelt

Wie lassen sich Lebensmittelproduktion, Wassermanagement und Ressourcenschutz in urbanen Räumen intelligent miteinander verbinden? Mit dieser Frage beschäftigte sich ein interdisziplinäres Studierendenteam der Hochschule Hof im Projekt „EcoFloatFarm“. Innerhalb von nur 16 Wochen entwickelten 13 Studierende einen praxisnahen Leitfaden, der zeigt, wie bepflanzte Schwimminseln zur Verbesserung der Wasserqualität beitragen und gleichzeitig Lebensmittel direkt auf dem Wasser produzieren können. Initiiert und fachlich begleitet wurde das Projekt im Bereich des umweltbezogenen Ressourcenschutzes von Dr. Harvey Harbach, Forschungsgruppenleiter für ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion in integrierter Aquakultur an der Hochschule Hof.

KA

# Vorteile einer DWA-Mitgliedschaft

Weitere  
Informationen zu  
einer Mitgliedschaft  
finden Sie unter

[www.dwa.de/  
mitgliedschaft](http://www.dwa.de/mitgliedschaft)

## Kostenlos

- Eine der beiden monatlich erscheinenden Verbandszeitschriften
  - **KA Korrespondenz Abwasser, Abfall** inkl. der Beilage **Betriebs-Info** (4 x jährlich)
  - oder
  - **KW Korrespondenz Wasserwirtschaft** inkl. der Online-Version der **Gewässer-Info** als Printversion, Online unter [www.dwa.de/direkt](http://www.dwa.de/direkt) und mobil als App. Zusätzliche Exemplare oder die zweite Verbandszeitschrift gibt es zu günstigen Konditionen.

- **DWA-Branchenführer Wasserwirtschaft, Abwasser, Abfall**

- **Mitgliederbereich im Internet**
  - **KA** oder **KW** online lesen
  - **KA** oder **KW** mit der App DWApapers and more (iOS und Android) lesen
  - Literaturdatenbank
  - Fachwörterbücher in vielen Sprachen
  - Mitgliederverzeichnis
  - Arbeitsberichte und Fachinformationen

- **DWA-Jahrbuch** (auf Anforderung)

## Ermäßigt

- **Fort- und Weiterbildungsangebote**  
Als Mitglied der DWA und der European Water Association (EWA), des BWK und der Partnerverbände in der Schweiz (VSA, SVW) und Österreich (ÖWAV)

## Zusätzlich für fördernde Mitglieder

### Kostenlos

- Option, das Logo "**Mitglied in der DWA**" im Firmen-Briefbogen zu nutzen ([www.dwa.de/direkt](http://www.dwa.de/direkt))

### Ermäßigt

- 20 % Ermäßigung beim Erwerb des **DWA-Regelwerks** und vieler weiterer **DWA-Publikationen**
- **Fort- und Weiterbildungsangebote** für alle Mitarbeiter
- Ermäßigungen für Aussteller bei vielen **DWA-Tagungen** und ausgesuchten Messen
- Teilnahme an den **DWA-Erfahrungsaustauschen** für Kommunen oder Ingenieurbüros
- 50 % Ermäßigung auf den **Mitgliedsbeitrag** für Anmeldungen von Niederlassungen, wenn der Hauptsitz bereits Mitglied ist
- Günstige Konditionen für eine **Umwelt-Strafrechtsschutzversicherung** für Kommunen, Kreisverwaltungen und Abwasserzweckverbände

